



# WISSENSCHAFTSMINISTERIUM, DAS WAR EINMAL ...

Hoch gingen die Wogen als am 12. Dezember das Regierungsprogramm präsentiert wurde und sich auf der Liste der Ministerien kein eigenes für „Wissenschaft und Forschung“ mehr fand. Als Vizekanzler Spindelegger ankündigte, „dass rund um die Forschung jetzt auch ein Cluster gebildet wird“, die Wirtschaft nämlich, fiel selbst Ex-Minister Töchterle aus allen Wolken. Ein kleiner Rückblick auf „unser“ Ministerium.

Text: Stefan Gruber

## 1970 bekam ...

... die Frauenrechtlerin Dr. Hertha Firnberg von Kanzler Bruno Kreisky den Auftrag, ein eigenständiges Wissenschaftsministerium aufzubauen. Die studierte Juristin, die keine Konflikte scheute, verabschiedete ein paar Jahre später gegen den heftigen Widerstand von Hochschul-Professorinnen und -Professoren das Universitätsorganisations-Gesetz „UOG 1975“. Dieses sollte erstmals die demokratischen Prozesse an den Hochschulen sichern, ihr verdankten wir die Aufteilung Professoren – Mittelbau – Studierende im Senat zu gleichen Teilen, die so leider schon wieder abgeschafft wurde. Der österreichische Sozialphilosoph Norbert Leser meinte zu ihr: „Erst seit dem Wirken Hertha Firnbergs kann man in Österreich eigentlich von einer zielorientierten und modernen Forschungspolitik sprechen.“ Nach fast dreizehn Jahren räumte sie den Ministeressel, war aber bis heute die mit Abstand am längsten amtierende Wissenschaftsministerin – die vier SPÖ-Alleinregierungen unter Bruno Kreisky waren sicher kein Nachteil für sie, wenn es darum ging, bahnbrechende Gesetzestexte wie das UOG zu verabschieden.

Ihr folgte der heutige Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, der übrigens in Graz geboren wurde, an der Uni Wien studierte und Mandatar der Österreichischen Hochschülerchaft war. Für die Regierung Faymann II im Jahr 2014 hätte er sich ein eigenständiges Wissenschaftsministerium gewünscht, doch es blieb bei diesem frommen Wunsch. 1987 ging das Wissenschaftsministerium unter Dr. Hans Tuppy erstmals an die ÖVP, zwei Jahre später an Dr. Erhard Busek, ebenfalls ÖVP. Dieser sprach sich auch im Dezember gegen die Entscheidung seiner eigenen Partei aus,

das „Uni-Ministerium“ einzugliedern. 1994 wurde das Ministerium vom Sozialdemokraten Dr. Rudolf Scholten übernommen, während dessen Amtszeit auch Verkehr und Kunst eingegliedert wurden.

Im Jahr 2000 machte die zweitstärkste Partei, die FPÖ, die drittstärkste Kraft, die ÖVP, zur Kanzlerpartei, nachdem es die SPÖ nicht schaffte, eine Regierung zu bilden. So kam es auch dazu, dass erstmals ein Freiheitslicher das Amt innehatte: DI Michael Schmid, der an der TU Graz Architektur studiert hatte. Ihm folgte nach nur 52 rekordverdächtigen Tagen die neben Karl-Heinz Grasser wahrscheinlich am öftesten parodierte Ministerin der Zweiten Republik, Elisabeth Gehrler, die vorher schon lange Unterrichtsministerin war. In ihrer Hand befanden sich danach fast sieben Jahre lang die Agenden von Bildung, Wissenschaft und Kultur. Sie war somit bis heute die erste und einzige Ministerin seit 1970, die sowohl für den primären und sekundären, als auch für den tertiären Bildungsbereich verantwortlich war. 2001 führte sie Studienbeiträge ein, was ihrer Meinung nach die Universitäten international konkurrenzfähiger machen sollte – ein Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung Wirtschaft? Gehrler war von Beruf Volksschullehrerin, weswegen sie die Opposition gern als für diesen Job unterqualifizierte „Strickliesl“ kritisierte. Das ließ sie schlussendlich ihre lange Politik-Karriere beenden.

Nach Gehrler wurde 2007 Dr. Johannes Hahn zuständiger Minister, vormalis NOVOMATIC-Vorstandsvorsitzender. Nach der Besetzung des Audimax der Uni Wien 2009, bei der Studierende wochenlang gegen die universitären Bedingungen in Österreich (u.a. die Aufnahme- und Studiengebühren) protestierten, warf er das Handtuch und zog als EU-Kommissar nach Brüssel.

Seiner Nachfolgerin Beatrix Karl wurde seitens der Bundes-ÖH anfangs zwar eine wärmere Art attestiert, große Würfe blieben aber aus.

Nach dem Abgang von ÖVP-Vizekanzler Josef Pröll in die Privatwirtschaft wurde sie durch den Rektor der Uni Innsbruck, Dr. Karlheinz Töchterle, ersetzt. Hoch waren die Erwartungen an ihn, auch von Seiten der Studierenden, die aber schnell verfliegen. In Erinnerung bleiben wird er den meisten durch seine Regelung zu autonomen Studiengebühren (jede Universität konnte bestimmen, ob sie welche einheben wollte oder nicht). Der Verfassungsgerichtshof kippte die Regelung und die Universitäten, auch die TU Graz, mussten die Beiträge an die Studierenden zurückzahlen. Schlussendlich war es aber nicht er, der die Studierenden in ganz Österreich im Dezember 2013 zum Protestieren brachte – am Ende seiner Ministerzeit waren sich die Studierenden und ihr Minister so einig wie selten. Seine Tage waren gezählt und die Agenden des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung wanderten in das der Wirtschaft, die Fäden zieht nun Dr. Reinhold Mitterlehner, der seine beruflichen Wurzeln im Wirtschaftsverband hat.

Die Wissenschaft ist laut Duden „Wissen hervorbringende forschende Tätigkeit in einem bestimmten Bereich“. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Bereich nicht allein die Wirtschaft sein wird. Wie wir im Nationalrats-Wahlkampf mitbekommen haben, ist es in Krisenzeiten in Mode, die Wirtschaft über alles andere zu stellen, man denke an Stronachs „Wirtschaftlichkeit eines Staatsapparates“ und Spindeleggers „Entfesselung der Wirtschaft“. Ob diese, der Wirtschaft abgenommenen, Handschellen klammheimlich und hausintern der Wissenschaft angelegt werden, werden die nächsten Jahre zeigen.